

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen  
Union Deutschlands

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastr. 64, Tel. 77178/77906  
Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung  
Postscheckkonto: Frankfurt a.M. 39967 - Bankkonto: Hessische Bank, Frank-  
furt a.M. 125739, beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 87, 3. Jhrg. (C)      Frankfurt a.M., den 7. Mai 1949      Seite 1

Minister Dr. Süsterhenn schwer verunglückt.

Personelles

Kultusminister Dr. Adolf Süsterhenn von Rheinland-Pfalz, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, erlitt auf der Fahrt von Koblenz nach Bonn einen Autounfall. Er wurde mit einem schweren Oberschenkelbruch, der für mindestens drei Monate Bettruhe erforderlich macht, in ein Koblenzer Krankenhaus gebracht.

Mit der CDU/CSU-Fraktion bringt die gesamte Union dem bewährten Parlamentarier aufrichtige menschliche Anteilnahme entgegen. Von allen Fraktionsmitgliedern wird das Fehlen dieses hervorragenden Kulturpolitikers bei den Schlussberatungen des Parlamentarischen Rates schmerzlich bedauert.

Der Landtag von Rheinland-Pfalz wählte Ministerialdirektor Dr. Hubert Hermanns zum Nachfolger Süsterhenns in den Parlamentarischen Rat.

Schulpolitik der SPD.

Berlin

Von den zur Zeit 15 Mitgliedern des Berliner Hauptschulamtes gehören 10 der SPD an, drei sind Mitglieder der CDU und zwei gehören keiner Partei an. Von den 12 Hauptschulräten der westlichen Bezirke sind 11 Mitglieder der SPD. Einer gehört der FDP an. Von 27 leitenden Positionen im Erziehungswesen Berlins sind also 21 mit Mitgliedern der SPD besetzt. - In Berlin ist die SPD auf dem richtigen Wege, aus der Schul-Politik eine Schul-Partei-Politik zu machen.

Rechtsparteien erstreben Wahlabkommen.

Aus den Parteien

Das Wahlgesetz für die kommenden Bundeswahlen ist in Bonn noch Gegenstand eingehender Beratungen. Unentschieden ist damit auch bis zur Stunde, in welchem Umfange und ob überhaupt die vielen Parteien und Gruppchen eine Aussicht haben, sich irgendwie parlamentarisch bemerkbar zu machen. Dass die Aussichten nicht allzu hoch eingeschätzt werden, beweisen Bemühungen des Deutschen Blocks um ein Wahlabkommen mit anderen rechtsgerichteten Parteien. Neben dem Deutschen Block ist namentlich die Nationaldemokratische Partei an einer solchen Vereinbarung interessiert. Da beide Parteien auf Grund ihrer politischen Vergangenheit wenig Aussicht auf Zulassung für die ganze amerikanische Zone haben, dürften die auf ein Wahlabkommen gerichteten Anstrengungen ziemlich aussichtslos sein.

Gewerkschaftliche Neutralität.Gewerkschaften

Welches Mass an parteipolitischer Neutralität die unteren Organe der Einheitsgewerkschaften zuweilen aufzubringen vermögen, beweist das Verhalten des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft des Kreises Sonthofen. Er hatte in einer KPD-Versammlung (ausgerechnet KPD-Versammlung in Immenstadt gefordert, kein Arbeiter dürfe gegen die Sowjetunion hetzen und gegen Russland kämpfen, wenn es zum Kriege kommen sollte. Die Ortsvereinigung Immenstadt der CSU hat auf einer Protestversammlung gegen diese grobe Verletzung der politischen Neutralität energisch Verwahrung eingelegt und den betreffenden Gewerkschaftsfunktionär zu einer Erklärung aufgefordert. Ob diese Erklärung folgt, bleibt abzuwarten.

Freiheit die sie meinen.Aus der Ostzone

Auch die bevorstehende Aufhebung der Blockade Berlins hindert die sowjetischen Gewalthaber in der Ostzone nicht daran, ihren Terror gegen die bürgerlichen Parteien und die Unterdrückung der freien Meinung fortzusetzen, wie ein Beispiel aus Weimar beweist, wo auf Anordnung der Sowjets vier Angehörige der Ost-CDU aus der Partei ausgeschlossen wurden, weil sie "westliche" Zeitungen bestellt hatten.

Ein Geschändnis und seine Folgen.Aus der Ostzone

"Wenn nur erst die Russen rausgingen, dann könnten wir wenigstens anfangen ehrlich zu arbeiten", erklärte ein Vorstandsmitglied der Altenburger SED auf einer Tagung. Dieser mutige Mann, der nichts anderes als die Wahrheit sagte, hat sich damit unbewusst zum Sprecher von Millionen Deutschen gemacht. Sein Geständnis hat allerdings eine Lücke: Er vergass hinzuzufügen, dass auch die SED verschwinden muss, weil sie sich seit Jahr und Tag zum Vollstrecker des Willens des sowjetischen Terrors stempelt. Immerhin reichte die Erklärung aus, dass russisches Militär am Tage nach der Versammlung das Tagungsgebäude umstellte und alle anwesenden SED-Funktionäre verhaftete. Ergebnis: Die SED in Altenburg hat damit nahezu ihren gesamten Vorstand verloren.

Rebellion des Gewissens.

Die SED-Fraktion des Parlamentarischen Rates hat den Abgeordneten Dr. Fritz Löwenthal von den Arbeiten der Fraktion ausgeschlossen. Diese Massnahme, die einem Parteiausschluss gleichkommen dürfte, erfolgte wegen eines Artikels, den Dr. Löwenthal in der Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" veröffentlicht hatte, und der unmissverständlich gegen die hannoveraner Parteidiktatur und gegen den von Schumacher ausgeübten Gewissenszwang Stellung nahm.

Dr. Löwenthal war vor 1933 kommunistischer Reichstagsabgeordneter und juristischer Beirat der KPD. Er ging 1933 nach Moskau, von wo er im Jahre 1946 zurückkehrte. Nach kurzer Tätigkeit in der Zentralverwaltung für Justiz der Ostzone floh er nach dem Westen und schloss sich der SPD an. Sein Buch "Der neue Geist von Potsdam" ist eine bemerkenswerte Kritik des autoritären Denkens der Nachkriegszeit.

Dr. Löwenthal, der an der Parteiausschussitzung der SPD am 20. April in Hannover teilgenommen hatte, gibt einen bemerkenswerten Einblick in die autoritäre Politik der SPD. Wir halten es im Interesse einer guten Unterrichtung unserer Leser für unerlässlich, einige der markantesten Sätze aus seinem Artikel im Wortlaut wiederzugeben.

Nachdem der Verfasser auf das unselige Datum des 20. April hingewiesen hat, an dem die Tagung stattfand, schreibt er:

"Das Ergebnis (der Parteiausschussitzung) wurde bekanntgegeben. Es besteht in einer Entschliessung, deren ausgesprochener Zweck die Vereitelung der Annahme des Grundgesetzes ist. Diese Absicht brachte Dr. Schumacher auf einer Pressekonferenz ganz unzweideutig zum Ausdruck."

"Die grosse Mehrzahl der Befürworter des Grundgesetzes hat dem ausgeübten Druck im entscheidenden Augenblick leider nachgegeben. Der Appell an die Parteidisziplin blieb bei ihnen leider nicht wirkungslos. Indem sie ihre eigene bessere Einsicht dem Willen einer hysterischen fanatisierten Mehrheit unterwarfen, glaubten sie zweifellos das Rechte zu tun."

Nach <sup>einem</sup> Hinweis auf die deutschen Generale, die sich dem Willen Hitlers gegen ihre bessere Einsicht unterwarfen, fährt Dr. Löwenthal fort:

"Wer einer besseren Einsicht zuwider an Verbrechen teilnimmt, wird durch den Befehl eines Vorgesetzten nicht straffrei. Ebensovienig können sich Politiker, welche die von ihnen selbst für verhängnisvoll gehaltenen Beschlüsse gleichwohl durchführen, durch die Berufung auf Parteininstanzen von der moralischen Verantwortlichkeit für die Folgen befreien."

"Die in Deutschland leider noch immer stark verbreitete Meinung, die Unterwerfung des eigenen Gewissens unter den Willen kollektiver Faktoren sei ein löblicher Ausdruck der Disziplin, ist ein Ausfluss autoritären Denkens, und vom autoritären zu totalitären Denken ist nur ein Schritt. Wer so handelt, ist aus dem Holz geschnitzt, aus dem die Fechner und Grotewohl bestehen."

"Wenn eine sich demokratisch nennende Partei duldet, dass ihre Spitzenfunktionäre sich eine Macht anmassen, die die Stimme der Mitglieder nicht zu Gehör kommen lässt, wird sie unvermeidlich ihres demokratischen Gepräges immer mehr verlustig gehen und im Sumpfe des Totalitarismus versinken."

"Objektiv gesehen kommt der Beschluss vom 20. April den Wünschen der Moskauer Machthaber entgegen..... Die Praxis der SPD droht eine fatale Ähnlichkeit mit dem Verhalten der Nenni-Sozialisten in Italien zu erlangen."

Abschliessend zieht Dr. Löwenthal die Folgerung<sup>en</sup> aus diesen Erkenntnissen und schreibt:

"Wenn es nicht gelingt, die SPD von innen heraus durch radikale Tilgung der totalitären Ansätze zu einer in allen Fasern demokratischen Partei umzubilden, muss zur Gesundung des politischen Lebens in Deutschland der zweifellos dornige Versuch unternommen werden, eine grosse, wahrhaft demokratische Partei der deutschen Linken zu schaffen."

Wir wiederholen abschliessend, dass es sich hier nicht um Äusserungen von Gegnern der SPD handelt, sondern um die Ansicht eines Sozialdemokraten, der im Gewissen leidet unter der Unduldsamkeit des Schumacherschen Parteiapparates. Seine Ausführungen treffen zweifellos

genau den Kern der Krise, in der sich die SPD seit langem befindet, und die mehr und mehr alle ehrlichen Demokraten an der guten politischen Wirkungsmöglichkeit der SPD zweifeln lässt.

---

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64  
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US-W-2065  
Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., IV/49/600  
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.

---